

gramme benachteiligen die Stammesvölker. Das Verbot privater Alkoholherstellung bringt Adivasi, die alkoholische Getränke seit Hunderten von Jahren in religiöse und gesellschaftliche Rituale integriert hatten, mit dem Gesetz in Konflikt. Die parlamentarischen Vertreter müssen sich der jeweiligen Parteistrategie beugen und werden ihrer *Kultur und Sprache* entfremdet.

Die ca. 10 Millionen Adivasi aus den Stämmen der Munda, Santal, Oraon, Ho, Gond etc. wollen sich in Chota Nagpur nun dadurch zur Wehr setzen, daß sie einen eigenen Staat mit 16 zusammenhängenden Verwaltungsbezirken anderer Staaten fordern. So soll auch den Stammeskulturen wieder Geltung verschafft werden. Aber in den 50 Jahren dieser Versuche haben auch die ethnischen Unterschiede der Adivasi untereinander Spannungen entstehen lassen. Seit Beginn der 90er Jahre haben diese zu vielen Protesten, aber auch zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei geführt. Auf Initiative der Zentralregierung schließlich wurde im September 1994 mit Zustimmung der Landesregierung Bihar ein "autonomer Entwicklungsrat" für die südlichen Distrikte gebildet. Er ist mehrheitlich mit Adivasi besetzt, besitzt allerdings keine Polizeimacht, kein Recht und keine Steuerhoheit.

Noch komplizierter wird es da, wo etwas wie "The Making of Tribes" vor sich geht und in der Kolonialgeschichte initiiert wurde, wie etwa im Norden Indiens oder auch in Afrika, wo nämlich durch die Territorialpolitik der Kolonialherren künstlich verschiedene Völkergruppen zu Stämmen zusammengefaßt wurden. Immerhin zeigten die auf der Tagung behandelten Beispiele noch einmal mehr, daß verschiedene Minderheiten verschiedene Strategien zur Durchsetzung ihrer Rechte benötigen. Sie zeigten auch, daß Lösungen im Sinne der Menschenrechte international oder im Sinne des Völkerrechts dadurch gesucht werden können, daß indigene Völker zu Kulturnationen und/oder gar Staatsnationen werden. Es gibt jedoch wie in Indien auch innerationale Lösungsversuche, die Stämme nun nicht zu Völkern oder gar Nationen bzw. Staaten erklären, ihnen aber politische, rechtliche und/oder kulturelle Autonomie zugestehen.

Sybille Fritsch-Oppermann

Forum of Democratic Leaders in the Asia-Pacific

Seoul, 30. November - 3. Dezember 1994

Nach dem Ende des "Kalten Krieges," der in Asien allerdings meist heiß, d.h. blutig war, kamen schnell Befürchtungen auf, die bislang auf den Ost-West-Antagonismus konzentrierten Energien würden nun zu einer Verschärfung der Nord-Süd-Konfrontation Verwendung finden. Der Zusammenprall von Kulturen wurde vorhergesagt, bei dem der "Westen" seine Art von Demokratie zum Maßstab machen werde, dessen Gradeinteilung die "westlich-individualistischen" Menschenrechte sind. Dem stehen "asiatische Kultur" und deren Menschenrechtskonzepte mit Betonung der Gemeinschaft gegenüber. Westliches Konsum- und Konkurrenzdenken wird mit östlichen Formen der Kooperation und angeblich geduldig-harmonischer Konsensfindung kontrastiert. Neben Politikern aus der VR China haben sich vor allem Dr. Mahatir und Lee Kuan Yew bei den Auseinandersetzungen als eloquent und Streitbar erwiesen. Diese Debatten

erwecken den falschen Eindruck, als stünden sich zwei festgefügte Positionen gegenüber, Westen versus Osten. Spätestens seit den innerasiatischen Debatten um Menschenrechte im Vorfeld der Wiener UN-Konferenz zu diesem Thema und seit den Artikeln von Lee Kuan Yew¹ und Kim Dae Jung² in *Foreign Affairs* müßte allen Beobachtern bekannt sein, daß eine Vielfalt von Meinungen existiert.

Anfang der 80er Jahre hatte Kim Dae Jung bei mehreren Vorträgen in nord-amerikanischen Universitäten erklärt, daß demokratische Ideale nicht auf den Westen beschränkt seien, daß zum Beispiel "das Verlangen nach demokratischen Idealen" die koreanische Geschichte durchziehe.

Es war hauptsächlich die Initiative von Kim Dae Jung und Corazon C. Aquino, die Ende 1994 zur Konstituierung des "Forum of Democratic Leaders in the Asia-Pacific" führte. Die Veranstaltung sollte grundsätzliche Positionen bekräftigen und konkrete Maßnahmen einleiten:

- Demokratie ist unentbehrlich für Frieden und Entwicklung.
- Demokratie hat geistige Wurzeln in Asien.
- Demokratie ist keine exklusiv westliche oder nordamerikanische Erfindung.
- In der Geschichte Asiens gibt es zahlreiche Beispiele früher Ansätze partizipatorischer Demokratie.
- Gründung des Forums demokratischer Führungspersönlichkeiten Asien-Pazifik (Diskussion und Verabschiedung der Satzung, Wahlen).
- Unterstützung der demokratischen Opposition Birmas und speziell Unterstützung von Daw Aung San Suu Kyi.

Werden Koreanerinnen und Koreaner nicht mitgezählt, so waren es insgesamt rund 180 Teilnehmer aus 27 Ländern (incl. Hongkong), die größten Gruppen kamen aus Japan, den Philippinen, Rußland, Thailand und den USA. Die geographische Angabe im Titel bezeichnet einen Schwerpunkt und trägt keinen Ausschließlichkeitscharakter. Auch Europäer waren anwesend, so z.B. Frau Lisbet Palme und der ehemalige Ministerpräsident Finnlands Kalevi Sorsa. Zahlreiche Persönlichkeiten hatten Grußbotschaften geschickt: der UN-Generalsekretär, Benazir Bhutto, Gro Harlem Brundtland, Jimmy Carter, Chuan Leekpai, Sonia Gandhi, Mikhail Gorbachov, Kim Young Sam, Fidel V. Ramos, Helmut Schmidt, Khaleda Zia und andere mehr. Die Aufzählung dieser Namen und die Teilnahme bekannter Persönlichkeiten an der Konferenz selbst machen den beabsichtigten Demonstrationseffekt deutlich: Das Forum soll möglichst viel Publizität erhalten. Es geht darum, zu unterstreichen, daß Demokratie unerlässlich ist und daß Asien - bei aller Unterschiedlichkeit - sich auf die demokratischen Elemente aus seiner Geschichte rückbesinnen muß und daß diese die Grundlage bilden können für eine Weiterentwicklung von Fähigkeiten, die helfen, Beschränkungen westlicher Demokratien zu überwinden. Hiermit soll auch entschieden der Meinung widersprochen werden, Asien sei noch nicht reif für Demokratie bzw. Demokratie passe nicht zu Asiaten. Es soll gezeigt werden, daß es in dieser Frage eine breite Übereinstimmung gibt, daß Asien neuere Beispiele für demokratische Entwicklungen geliefert hat (Korea, Philippinen, Taiwan, Thailand), denn, so Kim Dae Jung auf dem Forum, "die Demokratisierung

Asiens ist der ideale Weg zu Freiheit, Frieden und Wohlstand." Das Aufgebot an Prominenz soll auch den Bemühungen zur Unterstützung von Aung San Suu Kyi Nachdruck verleihen.

Das Programm des Forums bestand aus Teilen. Nach den Eröffnungsansprachen von Frau Aquino und Kim Dae Jung und der Präsentation von Gußbottschaften sprachen Oscar Arias Sanchez (früherer Präsident von Costa Rica und Friedensnobelpreisträger von 1987) und der vormalige Vizepräsident der Mongolei R. Gonchigdorj. Es folgte die Vorstellung von vier Referaten: Mushakoji Kinhide über "Grundtraditionen von Demokratie in Asien"; Han Sang Jin zu "Wirtschaftsentwicklung und Demokratie: Ostasien als neues Modell?"; Robert A. Scalapino sprach über "Demokratie in Asien" und Anthony Giddens über "Eine demokratische Philosophie für eine sich verändernde Welt". Die Diskussionen wurden von "Diskussionsants" eingeleitet. Diesem Block mit allgemeinen Themen folgte ein ähnlich strukturierter über Birma. Die Referate von Bertil Lindner und Harn Yawngnhe wurden von drei "Diskussionsants" besprochen: David Steinberg (Georgetown Universität), Gotham Arya (Chulalongkorn Universität, Bangkok) und Patricia Derian (während der Carter Administration im Außenministerium der USA).

Das Plenum teilte sich dann in vier Arbeitsgruppen, um folgende Themenkomplexe zu behandeln: Demokratie und Kultur, Philosophie sowie Ideengeschichte in Asien; Wirtschaftsentwicklung und Demokratie; Gegenwärtiger Stand und Zukunftsaussichten von Demokratie; Demokratisierung von Birma.

Die Arbeitsgruppen waren lebhaftere Veranstaltungen, in denen kontroverse Meinungen zur Sprache kamen, so z.B. Kritik an der VR China und der Kolonialregierung in Hongkong durch die in der Kolonie tätigen Parlamentarierinnen Emily Lau und Christine Loh. Bezogen auf Birma wurde eine Doppelstrategie deutlich. Senator Alvarez aus den Philippinen votierte für "Wandel durch Annäherung", für eine verständnisvolle Politik der Begegnung mit allen relevanten Gruppierungen des Landes. Sein Kollege Blas Ople, Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses des philippinischen Senats, plädierte für eine härtere Gangart, denn es dürften mit der Militärjunta in Rangun keine Kompromisse eingegangen werden. Dieses Beispiel verdeutlicht die Vielfalt der Diskussion, zeigt aber auch, welche Strategie das Forum verfolgt: Errichtung möglichst vieler Ebenen für Dialoge, Gesprächsbereitschaft, aber auch konkrete Maßnahmen für oppositionelle, demokratisch legitimierte Gruppen.

Eine Zusammenfassung der in den Arbeitsgruppen gehaltenen Kurzreferate und dort geführten Diskussionen erfolgte dann im Plenum. Dessen Größe war nicht geeignet für detaillierte Aussprachen, es gab lediglich eine Reihe von Fragen und Anmerkungen zu den Referaten. Auf dem Forum sollten möglichst zahlreiche Meinungen und Aspekte aus einer Vielzahl von Ländern präsentiert werden. Neben den bereits erwähnten Persönlichkeiten sprachen u.a. Musa Hitam aus Malaysia, Sein Win, der Ministerpräsident der Nationalen Koalitionsregierung der Union von Birma, Stephen Solarz und Lisbet Palme, die mehrfach auf die unterprivilegierte Stellung von Mädchen und Frauen in Asien verwies.

Das Forum verabschiedete eine Satzung und wählte Frau Aquino, Kim Dae Jung und Oscar Arias Sanchez zu Ko-Präsidenten; es wählte einen Vorstand und Beiräte. Ein spezielles Beratergremium besteht aus Jimmy Carter, Mikhail Gorbatschow, Richard von Weizsäcker und Aung San Suu Kyi als prima inter

pires. Das Forum hat sein Büro in Seoul und unter dem Vorsitzenden Raul S. Manglapus (früherer Senator und Außenminister der Philippinen) werden die Umsetzung der verabschiedeten Resolutionen und die weitere Arbeit koordiniert, wobei es konkret u.a. um Maßnahmen für Birma geht, und dies sowohl öffentlich als auch verdeckt diplomatisch.

Das Forum war im strengen Sinne keine akademische Konferenz, obwohl einige der Referate hohes wissenschaftliches Niveau hatten. Es galt zu demonstrieren, daß Demokratie in Asien kein Fremdkörper ist, daß Demokratie und wirtschaftliche Entwicklung zusammengehören und daß aus Asien Impulse und Initiativen kommen; weniger bescheiden formuliert, daß in Zukunft aus Asien Weiterentwicklungen für Demokratie generell kommen können. Die Eröffungsveranstaltung sollte Solidarität bekunden (z.B. mit Birma und Aung San Suu Kyi) und einen Demonstrationseffekt haben. Die organisatorische Vorbereitung und die Durchführung des Forums lag hauptsächlich in den Händen der *Kim Dae Jung Peace Foundation for the Asia-Pacific Region*. Beide, Vorbereitung und Durchführung, waren großartig. Die Tagungsmappe enthielt bereits fast alle Ansprachen und Referate, andere Texte wurden während der Veranstaltung nachgereicht. Die Leistungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die dies ermöglichten, ist bewundernswert.

An Kim Dae Jung scheiden sich die Geister, nicht nur in Korea. Mit Sicherheit ist er aber der prominenteste "elder statesman" des Landes. Die Aktivitäten seiner Stiftung und die des Forums gehen in erster Linie von seinen Anregungen und Initiativen aus. Mit ihnen hat er sich endgültig von einer nationalen Persönlichkeit zu einer mit internationalem Rang profiliert.

- 1) Fareed Zakaria: "Culture is Destiny. A Conversation with Lee Kuan Yew", *Foreign Affairs*, (March/April 1994), pp.109-126.
- 2) Kim Dae Jung: "A Response to Lee Kuan Yew. Is Culture Destiny? The Myth of Asia's Anti-Democratic Values", *Foreign Affairs*, (November/December 1994), pp.189-194.

Werner Pfennig

Recht und Gesellschaft in der Volksrepublik China. Tagesseminar der Deutsch-Chinesischen Juristenvereinigung Berlin, 2. Dezember 1994

Als einen großartigen sich heranbildenden Markt und einen absoluten Spitzenreiter in bezug auf das Wirtschaftswachstum rühmte Dr. Dietrich Beier, Direktor und Leiter des Bereichs Volkswirtschaft und Investor Relations der BankGesellschaft Berlin, in seinem Grußwort an die etwa 40 Teilnehmer des diesjährigen Tagesseminars der Deutsch-Chinesischen Juristenvereinigung die Volksrepublik China. Die marktwirtschaftliche Umstrukturierung schaffe allerdings Spielräume für eine unkontrollierte Geldschöpfung. Die Inflationsrate in den Städten sei bis Oktober 1994 auf 27% gestiegen, was für ein Entwicklungsland nicht unbedingt besorgniserregend sei, doch "wollen wir", so Dr. Beier, "China nicht als Entwicklungsland sehen." Das Inflationsproblem stelle ausländische Geschäftsleute vor-